

Niederschrift

über die IX/002. Sitzung
des **Generationenausschusses** der Stadt Schwerte am

Mittwoch, dem 05.11.2014, um 17:00 Uhr
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

CDU-Fraktion

1. Herr Carsten Böckmann
2. Frau Bianca Dausend
3. Frau Vera Hosemann
4. Herr Klaus-Jürgen Paul
5. Herr Egon Schrezenmaier

SPD-Fraktion

6. Herr Simon Lehmann-Hangebrock
7. Frau Ursula Meise
8. Frau Marlies Mette
9. Frau Angelika Nappert
10. Herr Karl-Friedrich Pautz
11. Frau Angelika Schröder

Fraktion Die Grünen

12. Herr Thorsten Eisenmenger
13. Herr Reinhard Streibel

WfS-Fraktion

14. Herr Franz-Walter Freßdorf

Fraktion DIE LINKE.

15. Frau Mechthild Kayser

Fraktionslos

16. Frau Renate Goeke

Integrationsrat

17. Herr Detlef Zenke

seitens der Verwaltung die Damen und Herren

- | | | |
|-----|----------------------------|--|
| 18. | Frau Charlotte Schneevoigt | Fachdienstleitung 5 |
| 19. | Frau Anke Skupin | Schriftführerin und Sachbearbeiterin Bereich
61 |
| 20. | Herr Hans-Georg Winkler | Erster Beigeordneter |

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 19:30 Uhr
- c) unterbrochen von 18.25 Uhr bis 18.40 Uhr

Tagesordnung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Schwerte **IX/0115**
- 5.1. Gemeinsamer Antrag für die Sitzung des Generationenausschusses am 05.11.2014 **IX/0139**
Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, WfS, DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und des Ratsmitgliedes Goeke vom 02.11.2014
6. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz **IX/0130**
Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014
7. Sachstandsbericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Demographieberichtes auf Grundlage der Maßnahmenplanung 2014 und Ausblick 2015 **IX/0119**
8. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
9. Informationen und Anfragen

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses

Die Ausschussvorsitzende Frau Dausend begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende trägt vor, dass ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, WfS, Die Grünen, Die Linke und des Ratsmitgliedes Frau Goeke als Drucksache-Nr.: IX/0139 als Tischvorlage vorliegt. Sie schlägt vor, den Antrag unter Punkt 5 der Tagesordnung aufzunehmen und gemeinsam mit dem Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Schwerte, Drucksache Nr.: IX/0115 zu beraten. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Auf Anfrage zur weiteren Beratung des Inklusionsplanes, die für die heutige Sitzung vorgesehen war, erläutert Frau Schneevoigt, dass auf Grund der Erkrankung und einer stundenweisen Wiedereingliederung der zuständigen Sachbearbeiterin eine Beratung zum heutigen Tag nicht möglich ist.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

4. Feststellung von Befangenheit

Es hält sich kein Mitglied für befangen.

5. Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Schwerte Vorlage: IX/0115

Die Ausschussvorsitzende ergänzt den Tagesordnungspunkt um die Drucksache-Nr.: IX/0139, gemeinsamer Antrag der CDU, SPD, WfS, Die Grünen, Die Linke und des Ratsmitgliedes Frau Goeke und stellt den Antrag und das Anliegen vor. Sie dankt der Verwaltung für das zügig erstellte Konzept und spricht dem Arbeitskreis Asyl im Namen des Ausschusses ihren Dank für seine Mitarbeit am Konzept aus.

Frau Schneevoigt beschreibt die derzeitige Lage und stellt das Konzept vor.

Seit dem 15.09.14 sind zusätzlich 22 Flüchtlinge aus unterschiedlichen Herkunftsländern eingereist. Durch die Herrichtung und Belegung des Villigster Kindergartens als Flüchtlingsunterkunft konnte in der Sammelunterkunft Zum Großen Feld die Überbelegung abgebaut werden. Sie hebt in diesem Zusammenhang die Unterstützung des Arbeitskreis Asyl und der Villigster Bürgerinnen und Bürger hervor, die sich im Rahmen des Umzuges sehr engagiert und die Flüchtlinge in Villigst willkommen heißen haben. Die derzeitige Belegung weist 20 Personen in der Villigster Unterkunft Schröders Gasse, 70 Personen in Zum Großen Feld und 42 Personen in der Regenbogenstraße auf. Zurzeit ist eine weitere Unterbringung von 11 Personen in den vorhandenen Unterkünften möglich.

Hauptanliegen des Verwaltungskonzeptes ist das Umzugsmanagement. Es sieht die Unterbringung von Flüchtlingen in Privatwohnungen vor, nachdem sie in einer Sammelunterkunft mit den hiesigen Gegebenheiten vertraut gemacht wurden und die nötige Unterstützung in der neuen Lebenssituation erfahren konnten.

Um eine gute Begleitung und Betreuung zu gewährleisten, sieht das Konzept die Einstellung einer Sozialarbeiterin oder eines Sozialarbeiters vor. Um kurzfristig personell reagieren zu können, ist aktuell für die Dauer von 2 Jahren ein Mitarbeiter eingestellt worden, der sowohl die Haushandwerker unterstützen soll als auch bei Ämtergängen behilflich sein wird.

Im Folgenden stellt sie die verschiedenen Phasen des Betreuungskonzeptes vor, welches in Lünen entwickelt und auf Schwerter Verhältnisse angepasst wurde. Sie stellt in Aussicht, dass ebenso wie in Lünen ein Flyer herausgegeben werden soll, der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner vorstellt.

Fragen der Politik hinsichtlich der Qualifikation des Betreuungsdienstes beantwortet die Verwaltung mit dem Hinweis auf eine sozialpädagogische Qualifikation. Eine Qualifikation, die auch der gemeinsame Antrag unter Punkt 6 vorsieht. Weitere Fragen zur Auswahl der Flüchtlinge, die in Villigst untergebracht wurden, zur finanziellen Unterstützung durch das Land und zur Verwirklichung von privatem Wohnraum werden von der Verwaltung wie folgt beantwortet:

Kriterien für die Auswahl der Unterbringung in Villigst sind die Einschätzung der betreuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf die Selbstständigkeit der Flüchtlinge und die vorhandene Raumsituation. Die finanzielle Unterstützung durch das Land sieht eine Pauschale von 4000€ pro Asylbewerber vor. Die tatsächlich entstehenden Kosten werden dadurch nur zu einem geringen Teil gedeckt. Die Finanzierung ist Ländersache und sehr unterschiedlich. So erstatten z. B. Bayern und Baden-Württemberg 100% der Kosten an ihre Kommunen. In NRW sind dies ca. 25% der tatsächlichen Kosten. Eine Initiative des Städte- und Gemeindebundes fordert die Landesregierung derzeit auf, die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen zu übernehmen. Zur Verteilung der Unterbringung von Flüchtlingen und zur Kostenübernahme der Länder wird der Niederschrift eine Anlage beigefügt.

Im Hinblick auf die Verwirklichung von freiem Wohnraum berichtet die Verwaltung, dass der Arbeitskreis Asyl eine Liste von Wohnungen eingereicht hat, die zurzeit durch die Verwaltung auf Finanzierbarkeit und Wohnungsgröße geprüft wird. Darüber hinaus bestehen Anfragen an die Wohnungsgenossenschaften.

Im weiteren Diskussionsverlauf wird seitens der Politik Betroffenheit über den Unterbringungsversuch von Flüchtlingen in der Turnhalle Am Derkmannsstück in Ergste geäußert. Darüber hinaus wird der Standort Ergste auf Grund rechtsradikaler Aktivitäten in Frage gestellt und hinterfragt, wie die Sicherheit der Flüchtlinge gewährleistet werden kann. Außerdem wird angemerkt, dass sich die Ehrenamtlichen, die sich gegen rechtsradikale Aktivitäten engagieren, von der Verwaltung allein gelassen fühlen.

Auch die Verwaltung zeigt sich betroffen und stellt fest, dass sie aus den gemachten Erfahrungen gelernt hat. Die Situation wurde verwaltungsseitig bereits analysiert und Fehler eingeräumt. Zurzeit werden entsprechende Vorkehrungen getroffen, um zukünftig gut agieren zu können. .

Die Turnhalle soll zunächst von den Vereinen und der Schule wieder in Betrieb genommen werden, entsprechende Gespräche sind für Freitag, 7.11.14 terminiert. Die eingebaute Küche bleibt bestehen. Der Baubetriebshof hat den Auftrag erhalten, Trennwände zu bauen, so dass einzelne Wohnbereiche bei Bedarf zeitnah hergestellt werden können. Diese Vorbereitungen sollen dazu beitragen, dass bei ansteigenden Zuweisungen, die nicht über die vorhandenen und durch das Konzept geplanten Unterbringungsmöglichkeiten beherrschbar sind, die Turnhalle zeitnah in eine Notunterkunft umfunktioniert werden kann.

Im Hinblick auf die Sicherheit der Flüchtlinge führt die Verwaltung aus, dass der Staatsschutz wegen der Nazischmierereien informiert wurde und die Polizei einbezogen ist und den Bereich stärker befreit. Auch der Wachdienst, der nachts Schulen kontrolliert, ist angewiesen worden, die Gebäude stärker zu kontrollieren. Rechtsradikalismus wird als ein gesellschaftliches Problem gesehen. Um rechter Gewalt und rechter Gesinnung etwas entgegen zu setzen wird auch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger gebraucht. Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich dieses Engagement.

Seitens der Politik wird das Verhalten der Villigster Bürgerinnen und Bürger gelobt und die Willkommenskultur im Ortsteil als vorbildlich beschrieben. An die Verwaltung wird das Anliegen formuliert, den Ausschuss über weitere Unterbringungspläne frühzeitig zu informieren, um Erstinformation aus der Presse zu vermeiden. Darüber hinaus wird um eine regelmäßige Berichterstattung zum Thema im Ausschuss gebeten.

Nach Abschluss der Diskussion regt Frau Dausend an, zunächst den gemeinsamen Antrag Drucksache-Nr.:IX/0139 abzustimmen und daran anschließend das vorgetragene Konzept.

Die SPD wünscht vor der Abstimmung eine Sitzungsunterbrechung, um dem aufkommenden Abstimmungsbedarf über das weitere Vorgehen parteiintern und interfraktionell Rechnung zu tragen. Der Abstimmungsbedarf zeigt sich auf Grund der unterschiedlichen Inhalte und Formulierungen im Verwaltungskonzept und dem politischen Antrag u. a. im Hinblick auf die zeitliche Beschränkung der Unterbringung in Sammelunterkünften.

Die Ausschussvorsitzende unterbricht die Sitzung um 18.35 Uhr.

Um 18.40 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt und es wird nachfolgend ein gemeinsamer Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Generationenausschuss beschließt, dass die unter der Drucksache-Nr. IX/0139 aufgeführten Punkte 1-7 von der Verwaltung, unter Einbeziehung des Arbeitskreis Asyl, in das Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Schwerte eingearbeitet werden und die Konzeption entsprechend des gemeinsamen Antrages geändert wird. Die Einarbeitung der Änderung hat bis zur nächsten Ratssitzung zu erfolgen.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

- 5.1. Gemeinsamer Antrag für die Sitzung des Generationenausschusses am 05.11.2014
Antrag der Fraktionen der CDU, SPD, Wfs, DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und des
Ratsmitgliedes Goeke vom 02.11.2014
Vorlage: IX/0139**

Der Antrag wurde unter Punkt 5 vorgestellt, gemeinsam beraten und in die Beschlussfassung aufgenommen.

Mit anderem TOP gemeinsam beraten und erledigt

Ja-Stimme/n: 0 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

**6. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014
Vorlage: IX/0130**

Die Ausschussvorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Der Antrag wird direkt, ohne Vortrag der Verwaltung, zur Beschlussfassung gebracht.

Beschluss:

Beschlussvorschlag 1: Generationenausschuss

Die in der Sachdarstellung erläuterten Entwicklungen zu den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden zur Kenntnis genommen. Dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen sowie dem Rat wird empfohlen, der Leistung der dazu im Haushaltsjahr 2014 erforderlichen überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Gesamthöhe von 245.340 € zuzustimmen.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

**7. Sachstandsbericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Demographieberichtes auf Grundlage der Maßnahmenplanung 2014 und Ausblick 2015
Vorlage: IX/0119**

Die Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf und übergibt zur Berichterstattung an die Verwaltung. Die Schriftführerin Frau Skupin trägt vor und führt in den Sachstandsbericht Drucksache-Nr.: IX/0119 zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Demographieberichtes auf Grundlage der Maßnahmenplanung 2014 und Ausblick 2015 ein. Sie beschreibt die Grundsätze ihrer Arbeit und erläutert beispielhaft einzelne Projekte. Nachfragen werden zufriedenstellend beantwortet.

zur Kenntnis genommen

Ja-Stimme/n: 16 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

8. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung

Im Rahmen der Zuständigkeitsordnung führt die Verwaltung aus, dass der Generationenausschuss und der Jugendhilfeausschuss (JHA) sich gegenseitig über ihre Beschlüsse informieren. Vorsitzende des JHA ist Andrea Hosang von den Grünen, Stellvertreterin ist Ulla Meise von der SPD.

9. Informationen und Anfragen

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden gibt es keine weiteren Informationen und keine Anfragen.

Dausend
Vorsitzende

Skupin
Schriftführerin